

Kontakterfassung

zum Infektions- und Gesundheitsschutz im Zusammenhang mit Covid-19

Angabe Ihrer Personalien:

Vorname:

Name:

Straße, Hausnr.:

PLZ:

Wohnort:

Telefonnummer:

Zeitpunkt des Betretens des Gebäudes:

Aktenzeichen des Verfahrens:

Anliegen/Gesprächspartner:

*Hatten Sie innerhalb der letzten zehn Tage Ihres Wissens nach persönlichen Kontakt mit einer Corona-infizierten Person? Der Hinweis der Corona-App des Robert-Koch-Instituts über Begegnungen mit **niedrigem** Risiko (grüner Warnhinweis) fällt nicht hierunter.*

Ja

Nein

.....,
Ort, Datum

Unterschrift:

Bitte halten Sie Ihren Personalausweis oder ein anderes amtliches Ausweisdokument bereit.

Datenschutzhinweis
nach Artikel 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung
betreffend die Kontakterfassung zum Infektions- und Gesundheitsschutz im
Zusammenhang mit Covid-19

I. Name und Anschrift des/der Verantwortlichen

Der Verantwortliche im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung, DS-GVO), des Bundesdatenschutzgesetzes und des rheinland-pfälzischen Landesdatenschutzgesetzes sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist das

Präsident des Landgerichts Dr. Matthias Friedrich
Vertreter: Vizepräsident des Landgerichts Martin Walper
Landgericht Bad Kreuznach
John-F.-Kennedy-Straße 17, 55543 Bad Kreuznach
Telefon: 0671 708-0
Fax: 0671 708-1635
E-Mail: lgkh@ko.jm.rlp.de

II. Name und Anschrift des/der Datenschutzbeauftragten

Der Datenschutzbeauftragte des Verantwortlichen ist:

Richter am Landgericht Christian Stöhr
Landgericht Bad Kreuznach, John-F.-Kennedy-Straße 17, 55543 Bad Kreuznach
Telefon: 0671 708-0
Telefax: 0671 708-1213
E-Mail: lgkh@ko.jm.rlp.de

III. Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Datenerhebung erfolgt, um die Nachverfolgung von Infektionsketten im Zusammenhang mit Covid-19 sicherzustellen. Sie dient dem Infektionsschutz sowie dem Gesundheitsschutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dienststelle sowie der Besucherinnen und Besucher des Dienstgebäudes. Eine elektronische Speicherung der Daten erfolgt nicht.

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Grundlage von § 1 Abs. 8 der Vierzehnten Corona-Bekämpfungsverordnung Rheinland-Pfalz vom 14. Dezember 2020 und Artikel 6 Abs. 1 Buchstaben c, d und Buchstabe e DS-GVO.

IV. Übermittlung der Daten an Dritte

Die Daten werden vertraulich behandelt und lediglich auf Verlangen des jeweils zuständigen Gesundheitsamts an dieses übermittelt, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben des Gesundheitsamts nach den Bestimmungen des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) und der Elften Corona-Bekämpfungsverordnung erforderlich ist.

V. Aufbewahrungsdauer und Datenvernichtung

Die Daten werden für die Dauer eines Monats, beginnend mit dem Datum des Besuchs der Dienststelle aufbewahrt und anschließend vernichtet.

VI. Rechte der betroffenen Person

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie Betroffener i.S.d. DS-GVO und es stehen Ihnen folgende Rechte gegenüber dem Verantwortlichen zu:

- das Recht **Auskunft** über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen, insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorien der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft der Daten sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling verlangen (Art. 15 DS-GVO);
- **Berichtigung** unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten (Art. 16 DS-GVO);
- **Löschung** ihrer personenbezogenen Daten unter den Voraussetzungen des Art. 17 DS-GVO;
- **Einschränkung der Verarbeitung** Ihrer personenbezogenen Daten unter den Voraussetzungen des Art. 18 DS-GVO;
- **Datenübertragbarkeit** unter den Voraussetzungen des Art. 20 DS-GVO und
- **Widerspruch** unter den Voraussetzungen des Art. 21 DS-GVO
- **Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde**

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten gegen das Datenschutzrecht verstößt oder Ihre datenschutzrechtlichen Ansprüche sonst in einer Weise verletzt worden sind, können Sie sich nach Art. 77 DS-GVO bei der Aufsichtsbehörde beschweren. In Rheinland-Pfalz ist dies:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Rheinland-Pfalz
Postfach 30 40
55020 Mainz.

Dieser ist allerdings nicht für die Aufsicht über die von Gerichten / Staatsanwaltschaften im Rahmen ihrer justiziellen Tätigkeit vorgenommenen Verarbeitungen zuständig.

Auf Wunsch werden Ihnen diese Datenschutzhinweise schriftlich ausgehändigt.